

## **SVP-Nationalrat Luzi Stamm**

1. Seit 2011/2012 sind gegen Syrien drakonische Sanktionen in Kraft, die nicht von der UNO legitimiert sind. Der Bundesrat lehnt nicht nur eine Anpassung seiner Sanktionspolitik, sondern auch eine genaue Überprüfung der Auswirkungen auf die syrische Zivilbevölkerung ab. Dabei gibt es zahlreiche Berichte – jüngst von UNO-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy –, die überzeugend darlegen, dass die Sanktionen das Leben der Syrerinnen und Syrer massiv beeinträchtigen und zur Emigration beitragen. Wie ist Ihre Haltung zu den Sanktionen gegen Syrien und zur Position des Bundesrats?
2. Was tut Ihre Partei für die Syrerinnen und Syrer, insbesondere in Syrien selbst?

### **Sanktionen in Ländern wie Syrien sind illegal, die Schweiz sollte sich nicht daran beteiligen!**

Weltweit nehmen die Kriege zu. Ebenso die Sanktionen in Form von Boykotten, welche die Vorstufe von Kriegen sind. Wenn ein boykottiertes Land mit dem Rücken zur Wand steht, nehmen die Risiken zu. Wenn die Unruhen im eigenen Land steigen und Hunger um sich greift, werden Machthaber aggressiver und militärische Konflikte wahrscheinlicher.

### **Katastrophale Entwicklung weltweit**

Es ist schwer zu ertragen, dass der Westen in den letzten 30 Jahren zunehmend versucht(e), mit Kriegen und Sanktionen unliebsame Regierungen zu stürzen.

In den 90er-Jahren begannen die Interventionen im Irak. Das Land wurde boykottiert; angeblich sind während dieser Zeit bis zu einer Million Menschen gestorben, die Hälfte davon Kinder. 2003 folgte der offene Angriff auf den Irak durch die „Koalition der Willigen“. Die Bombardierungen wurden mit dem Argument durchgeführt, das Land stelle Massenvernichtungswaffen her, was sich als eine blanke Lüge herausstellte. Es folgten Angriffe auf Länder wie Libyen und Syrien, die ebenfalls krass völkerrechtswidrig waren.

In jüngster Zeit nehmen leider sowohl Kriege wie auch Boykotte zu. Es mag sein, dass Machthaber wie Saddam Hussein (Irak), Muammar al-Gaddafi (Libyen) und Baschar al-Assad (Syrien) Verbrecher sind / gewesen sind. Aber das rechtfertigt in keiner Art und Weise, wenn der Westen diese Länder destabilisiert und ins Mittelalter zurückbombardiert, mit absehbaren katastrophalen Folgen.

Auch bei den Boykotten/ Sanktionen mag man – wenn man an die Beispiele in jüngster Vergangenheit denkt – die Meinung vertreten, dass die Machthaber in Nordkorea, Venezuela, im Iran, in der Türkei etc. verbrecherisch agieren. Aber es läuft auf gefährliche Konfrontationen hinaus, wenn der Westen in solchen Fällen zu Boykotte“ greift, um unliebsame Regierungen in die Knie zu zwingen.

## **Kriege und Sanktionen nur mit UNO-Mandat rechtmässig**

Boykotte und Kriegsangriffe bedeuten – richtigerweise – schwere Völkerrechtsverletzungen respektive Kriegsverbrechen. Gemäss internationalem Recht gibt es nur eine Ausnahme: Militärische Interventionen und Boykotte sind dann „rechtmässig“, wenn sie von der UNO beschlossen sind respektive wenn sie vom UNO-Sicherheitsrat legitimiert worden sind.

Seit die Schweiz der UNO beigetreten ist, müssen wir rechtlich gesehen alle UNO-Sanktionen mittragen, sowohl Boykotte wie auch militärische Interventionen (z.B. durch die Gewährung von Überflugrechten). Die Unterstützung jeder anderen Sanktion – ob durch die USA, die EU oder durch wen auch immer beschlossen – stellt eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts dar.

## **Die Schweiz müsste sich unbedingt heraushalten**

Mit grossem Bedauern ist festzustellen, dass sich der Bundesrat in jüngster Zeit immer wieder dazu hinreissen liess, sich bei Boykotten den Grossmächten anzuschliessen. Das ist nicht nur unter der Optik der Neutralität höchst bedenklich, sondern auch – je nach Fall – manchmal völlig unbegreiflich.

- Im Falle von Nordkorea hat die Schweiz einer Firma in der Ostschweiz verboten, einen Skilift zu liefern, obwohl dieser von Nordkorea schon längst bestellt worden war und die Schweizer Firma im Hinblick auf diesen Grossauftrag schon sehr grosse Investitionen getätigt und bezahlt hatte. Die Firma blieb auf dem Verlust sitzen. Wo der Sinn liegen soll, Nordkorea mit der Nichtlieferung eines Skilifts zu bestrafen, ist – gelinde gesagt – schwer verständlich.
- Im Falle von Venezuela verarmt die Bevölkerung, sie wurde auf die Strasse getrieben. Weshalb das aufgrund grosser Erdöl-Reserven potenziell reiche Venezuela boykottiert wird, ist umstritten. Aber weshalb hat die Schweiz diesen Boykott unterstützt? Sogar linksstehende Kreise argumentierten zu Recht, es sei skandalös, wenn unser Land nicht einmal mehr medizinische Geräte nach Venezuela liefern dürfe und ausgerechnet das Öl vom Boykott ausgenommen wurde (an wen wurde wohl das Öl geliefert und wer erhielt die entsprechenden Zahlungen?).
- Wenn Russland boykottiert wird (wegen angeblichen Giftgasangriffen, angeblicher Einmischung in die US-Wahlen oder mit welcher Argumentation auch immer), so ist dies ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Dass russische Einzelpersonen auf schwarze Listen gesetzt werden (in einer ersten Phase sogar solche, die im Parlament „falsch“ abgestimmt haben; in einer zweiten Phase wurde willkürlich das Vermögen von reichen Russen blockiert), hat nichts mehr mit rechtsstaatlichem Verhalten zu tun. Wenn die Schweiz direkt oder indirekt solche Boykotte unterstützt, ist dies inakzeptabel und verletzt sämtliche rechtsstaatlichen Grundregeln.

Spätestens nach den Beispielen Irak und Libyen hätten die Westmächte merken müssen, welche katastrophale Fehleinschätzung es darstellt, wenn man „Verbrecherstaaten“ bombardiert und deren Despoten in Löchern oder unter Brücken erschossen werden. Auch bei solchen Aktionen muss gelten: Die Schweiz hat nicht

den geringsten Grund, mitzuwirken (sei es auch nur mit der Gewährung von Überflugrechten im Falle von Libyen).

## **Syrien als vielleicht schrecklichstes Beispiel**

In Syrien waren die ersten Hochkulturen der Menschheit beheimatet; das Zweistromland wird gelegentlich auch als kulturelle Wiege der Menschheit bezeichnet. Ausgerechnet gegenüber diesem Land hat der Westen Kriegsangriffe und Sanktionen in besonders hinterhältiger Art und Weise kombiniert. Ob Staatspräsident Baschar al-Assad schlimmer eingestuft wird als Saddam Hussein (Irak), als Muammar al-Gaddafi (Libyen) oder als Kim Jong-un (Nordkorea), ist eigentlich von untergeordneter Bedeutung (das rechtfertigt Bombardierungen noch längst nicht). Hochproblematisch ist hingegen, dass Assad in zahlreichen westlichen Medien ab 2011 als „Teufel“ dargestellt wurde und völlig unkritisch für die „Aufständischen“, „Rebellen“, „Oppositionellen“ (was ist der Unterschied?) Stellung genommen wurde.

Im Mai 2011 verhängten die USA und die EU gegenüber Syrien Sanktionen, nachdem es zu Aufständen im Land gekommen war und Demonstranten erschossen worden waren. Im Juli erklärte Hillary Clinton, Assad habe „seine Legitimität verloren“. In der Folge wurde die „Free Syrian Army“ (FSA) vom Westen unterstützt, diverse Oppositions-Gruppen vereinigten sich zwischen Juli und Oktober 2011 zum „Syrian National Council“ (SNC). Im November befürwortete Frankreich Militäraktionen in Syrien.

Im Januar 2012 forderte ein Spitzen-Mann von Al-Kaida, die Sunniten sollten Assad bekämpfen. Die mit Al-Kaida verbundene al-Nusra-Front rief zur syrischen Revolte auf. Im Februar 2012 bezeichnete eine Gruppe von 60 Ländern (darunter die USA, Frankreich, Grossbritannien, Saudi Arabien und die Türkei) die SNC (die erwähnte syrische Oppositions-Gruppe) als legitimiert, Syrien zu vertreten (an Stelle der Regierung in Damaskus). Diese rund 60 Länder bezeichneten ihren Zusammenschluss als „Group of Friends of the Syrian People“. Gleichzeitig stellte die EU weitere Sanktionen in Aussicht.

## **Das Leiden der syrischen Bevölkerung**

Der syrischen Bevölkerung mag es inzwischen gleichgültig sein, wer in der Vergangenheit den Konflikt auslöste und durch wen sie in der Vergangenheit bombardiert worden sind. Klar ist allerdings: Weder amerikanische noch französische, britische, israelische oder türkische Flugzeuge hatten/ haben etwas in diesem Land zu suchen. Paradoxerweise könnte – gemäss internationalem Recht bzw. UNO-Statuten – höchstens Russland geltend machen, rechtmässig in Syrien zu sein, denn Russland wurde von der sich legal an der Macht befindenden Regierung zu Hilfe gerufen.

Nicht gleichgültig ist jedoch der syrischen Bevölkerung mit Sicherheit, durch wen sie heute bedrängt und vertrieben wird. Gestern wie heute gilt: Mit zusätzlichen Boykotten wird die Lage verschlimmert. Diejenigen die radikalen Kräfte und

religiösen Fanatiker werden gestützt, die westlich denkenden Menschen die Hölle heiss machen; offenbar zunehmend auch den Christen, die immer noch in Syrien ausharren.

Teil der Hilfe durch die Schweiz könnte sein, endlich dafür zu sorgen, dass bei der Auswahl von Flüchtlingen eine einigermaßen nachvollziehbare Auswahl getroffen wird. Es ist geradezu skandalös, wenn Länder wie Deutschland und die Schweiz unter der Bezeichnung „syrische Flüchtlinge“ Leute aus aller Herren Länder aufnehmen (aus Afghanistan, Pakistan, Iran, Irak, Jemen etc.), die sich auf dem Schwarzmarkt einen syrischen Pass gekauft haben oder die den Pass längst weggeworfen haben und im gewünschten Zielland einen dauerhaften Aufenthalt erwirken, indem sie einfach das Zauberwort „Asyl“ aussprechen.

### **Die bewährten Grundsätze der Schweiz**

Wir sollten uns auf unsere traditionelle Rolle der Neutralität konzentrieren, statt uns an den von den USA oder der EU gesteuerten Strafmassnahmen zu beteiligen und zu deren Handlanger zu werden.

Die Schweiz hatte in der Vergangenheit weltweit einen grossartigen Ruf, was die Neutralität betrifft. Das Schweizer Prinzip „Neutralität, Solidarität und Disponibilität“ wurde von links bis rechts über Jahrzehnte mitgetragen. Es entsprach der historischen, humanitären Tradition der Schweiz, nicht schulmeisterlich mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern zu helfen (Paradebeispiel via Rotes Kreuz) und die guten Dienste anzubieten (z.B. Genf als Verhandlungsort zur Verfügung zu stellen).

Im Falle von Syrien hätte das geheissen, sofort in Ländern wie Libanon, Jordanien und im Grenzgebiet der Türkei humanitäre Hilfe vor Ort zu leisten. Im Libanon hätte man Familien unterstützen können, welche syrische Flüchtlingskinder aufnehmen. In Jordanien hätte man die Wasserversorgung für Flüchtlingslager finanzieren können. Via Süd-Türkei hätte man auf breiter Front medizinische Hilfe über die syrische Grenze hinweg organisieren können; und so weiter und so fort. Es ist ein Fehler, wenn sich die Schweiz stattdessen den Boykotten der USA und EU anschliesst.

### **Kris Kristofferson: Ein Lob für die Schweizer Neutralität**

In meiner Jugend kannte jedermann den damaligen amerikanischen Weltstar Kris Kristofferson (Country-Sänger). An seinem letzten Konzert im Volkshaus in Zürich machte er überraschend eine politische Aussage: Er lobte die Neutralität der Schweiz und betonte auf der Bühne, dass er stolz sei, in der Schweiz auftreten zu dürfen, „in a country that never takes part in a war-conflict“.

„Never takes part in a war“ heisst – übersetzt – eigentlich zwei Dinge: Einerseits „nicht an einem Krieg teilnehmen“, andererseits aber auch „nicht Seite zu beziehen“ respektive „nicht Partei zu ergreifen“, wenn irgendwo ein Konflikt herrscht. Beides war in der Vergangenheit tatsächlich eine Grundhaltung der Schweiz, die uns

jahrhundertlang aus allen Kriegen herausgehalten hat und die uns in der ganzen Welt Respekt eingebracht hat.

Leider sind wir drauf und dran, unsere traditionelle Neutralität auf den Abfallhaufen der Geschichte zu werfen. In Konflikt-Gebieten wie im Nahen Osten oder in der Ukraine / Russland entsteht mehr und mehr der Eindruck, dass wir zu Gunsten der einen Kriegseite Stellung beziehen und uns den westlichen Sanktionen einfach anschliessen. Es muss zu denken geben, wenn ein ausländischer Sänger wie Kris Kristofferson aus der 68er-Generation unsere traditionelle Neutralität offenbar höher einschätzt als entscheidende Kreise in Bundesbern.